Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Die Städte und Gemeinden sind die Zahler der Nation, aber sie bekommen viel zu wenig von dem, was sie brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen."
Dieses Zitat spiegelt die Problematik wider, dass die Kommunen häufig mit neuen Aufgaben und Anforderungen konfrontiert werden, während sie gleichzeitig mit begrenzten finanziellen Ressourcen arbeiten müssen. Wie schon im vergangenen Jahr habe ich Manfred Rommel zitiert und zwar aus einem Interview aus dem Jahr 2001.

Diese Aussage könnte aktueller nicht sein. Wir kommunale sprechen ja oft über unsere Finanzen – denn: „Klappern gehört ja bekanntlich zum Geschäft".
Aber so ein Haushalt, unser Kreishaushalt ist kein Selbstzweck, sondern die Grundlage unseres politischen Handelns. Er spiegelt die Prioritäten wider, die wir setzen, und zeigt zugleich, wo die Herausforderungen liegen. An zahlreichen Stellen stoßen wir an finanzielle Grenzen, und genau dieser Konflikt prägt die diesjährige Diskussion um den Haushalt 2025.

Bereits im Vorfeld war klar: Der Grundsatz „Auf die Kommunen ist Verlass" wird zunehmend infrage gestellt. Ich möchte gleich zu Beginn ausdrücklich betonen, dass die Städte und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe seit vielen Jahren ein hohes Maß an Verantwortung tragen und unter Beweis stellen, dass sie tragende Säulen unserer kommunalen Familie sind. Doch die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger.

Unsere Kommunen, meine Heimatstadt eingeschlossen, stehen vor großen finanziellen und strukturellen Problemen, die sich auch auf Kreisebene bemerkbar machen, die sich aber allein von uns, nicht lösen lassen.

Lassen Sie mich im Folgenden auf die verschiedenen Schwerpunktthemen eingehen, denen wir uns nicht verschließen dürfen. Ich werde dabei immer wieder auf die übergeordneten Zusammenhänge verweisen, die diesen Haushalt umgeben – Stichworte sind die Auswirkungen der Versprechungen von Bund und Land, strukturelle Defizite und eine mitschwingende Rezession.

---

1. Allgemeine Ausgangslage: Wenn Versprechungen nicht eingehalten werden
Unsere Städte und Gemeinden fühlen sich zunehmend im Stich gelassen. Der Grundsatz der Konnexität – „Wer bestellt, der zahlt" – gerät zur Makulatur, sobald Bund und Land Programme auflegen, ohne die nötigen Mittel dafür sicherzustellen.

Wir wissen: Wenn der Landkreis Aufgaben übernimmt, die eigentlich von Bund und Land finanziert werden müssten, dann zahlen wir am Ende aus den kommunalen Kassen, also auch aus den Mitteln unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigen einige Zahlen: knapp **60 Millionen Euro** werden wir als Landkreis für Versprechungen des Landes und des Bundes vorfinanzieren müssen. Alleine aus dem BTHG 30 Mio. €, im Bereich der versprochenen Grundtaktfinanzierung der S1/S11 min. 10 Mio. € p.a., bei der vorläufigen Unterbringung 10 Mio. €, sowie Millionensummen

aus der Krankenhausfinanzierung, aus der verlässlichen Grundschule und des nichtausfinanzierten Deutschlandtickets. 60 Mio. €!

Diese Summe ist enorm. Sie engt unseren Handlungsspielraum ein und ist ein klarer Indikator dafür, dass bei uns das sprichwörtliche „Ende Gelände“ erreicht ist.

Zudem kämpfen wir mit den Folgen einer allgemeinen konjunkturellen Eintrübung. Die Rezession macht sich durch rückläufige Steuereinnahmen bemerkbar. Erstmals müssen wir nach Jahren des Anstiegs eine Rückläufige Steuerkraftsumme 2025 ausgleichen, und gleichzeitig steigen Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Infrastruktur.

Insbesondere unsere Kommunen sind hier doppelt betroffen. Auf der einen Seite müssen wir deutlich mehr Geld an den Kreis abführen; auf der anderen Seite fehlen genau diese Mittel vor Ort, beispielsweise für die Sanierung von Schulen, Straßen oder Kindergärten.

---

2. Kreisumlage: 32 Prozentpunkte, 34 Millionen Euro mehr – und trotzdem nicht genug
Eines der klarsten Signale, wie hoch der Finanzbedarf tatsächlich ist, zeigt sich an der Kreisumlage. Die künftige Kreisumlage soll auf 32 Prozentpunkte angehoben werden. Das ist eine Steigerung um 4,5 Punkte, was zu einer Mehrbelastung von rund 34 Millionen Euro für unsere Kommunen führt. Ich möchte hier betonen, dass es mir und meiner Fraktion bewusst ist, dass wir einen solch hohen Bedarf weder aus reiner Willkür noch aus Unkenntnis über die Folgen erheben. Vielmehr ist es das Zusammenspiel aus, stark steigenden Ausgaben im Sozialbereich, den genannten Vorfinanzierungen und den strukturellen Problemen, die die Verwaltung zu diesem Schritt zwingen.
Gleichwohl stelle ich fest: Selbst diese 34 Millionen Euro werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um die dringendsten Aufgaben zu erfüllen. Das macht deutlich, dass wir uns in einem wahrhaft schwierigen Spannungsfeld bewegen. Noch nie war haushalten so schwierig wir heute. Nicht weil wir schlecht wirtschaften würden, sondern weil Dritte uns in den Geldbeutel fassen. Die in 2026 in der Finanzplanung dargelegten 38% - Punkte sind schlicht unmöglich.
Bei einem derartigen Hebesatz wären die Kommunen gezwungen sämtliche Freiwilligkeitsleitungen über kurz oder lang zu streichen. Frei- u. Hallenbäder, Musikschulen, Büchereien, Jubiläen und Jahrmärkte, alles müsste hinterfragt werden. Das würde den sozialen Frieden und Zusammenhalt unsere Gesellschaft wahrscheinlich über das machbare strapazieren. Nur weil, ich wiederhole mich, Bund und Länder Aufgaben erfinden und wir dafür bezahlen sollen.

---

3. Personal: Keine Entlastung, sondern Engpass in den meisten Bereichen
Kommen wir zum Thema **Personal**. Der Haushalt 2025 sieht vor, **keine** neuen Stellen zu schaffen, abgesehen von einigen notwendigen Verstärkungen im Jugendamt sowie in der integrierten Leitstelle. Dieser restriktive Kurs mag haushaltspolitisch nachvollziehbar sein, er birgt langfristig jedoch erhebliche Risiken.

Zum einen kann eine starke Unterbesetzung in den Ämtern schnell dazu führen, dass wichtige Aufgaben liegenbleiben oder sich verzögern. Bürgerinnen und Bürger, die Anträge stellen oder Beratung benötigen, müssen teils heute schon mit langen Wartezeiten rechnen.

Das wiederum führt zu einer Abwärtsspirale: Sinkt das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, wachsen Unmut und Frustration.

Wir begrüßen, dass es im Jugendamt und in der integrierten Leitstelle Ausnahmen gibt – denn gerade hier würde uns ein Mitarbeitermangel schnell auf die Füße fallen.

---

4. Sozialetat: 50 Millionen Euro mehr, BTHG-Mehrkosten erdrücken uns

Im Sozialetat sehen wir für 2025 über 50 Millionen Euro mehr als noch 2024. Menschen mit Behinderung eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen ist eine wichtige und richtige Zielsetzung. Zugleich halten wir fest, dass das BTHG für den Landkreis enorme finanzielle Mehrbelastungen bedeutet – allein 31 Millionen Euro entfallen auf BTHG-bedingte Kostensteigerungen.
Wir Freien Wähler stehen dafür, dass unsere Gesellschaft Verantwortung für Menschen mit Behinderungen übernimmt. Wir Freien Wähler fordern gleichzeitig, dass Bund und Land, wenn sie weitreichende Verpflichtungen vorgeben, für eine ausreichende nämlich vollständige Finanzierung sorgen müssen. Das BTHG ist jedoch das Beispiel, dass einer bestellt und ein anderer, nämlich der Landkreis und die Kommunen die Rechnung bezahlen soll. Konnexität Fehlanzeige.

Und dies sind keine Planspiele. Im Zwischenbericht für das Jahr 2024 wurden uns die IST-Zahlen für 2024 von der Verwaltung dargestellt. Diese liegen derzeit bereits fast 40 Mio. über Plan. Damit ist zu befürchten, dass selbst diese 50 Mio. € als Steigerung in einem Jahr nicht ausreichen werden.

Die wirtschaftliche Situation in den Kommunen, der Lebenswirklichkeit all unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, egal woher sie kommen, verschlechtert sich. Die Diskussionen gehen mit unverminderter Härte weiter, wer daran schuld ist oder wie die Lösung ist. Und es gibt ein paar, die tun so, als wüssten sie ganz genau und nennen vermeintlich für die Misere Verantwortliche: Arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger, Geflüchtete, die unsere Sozialsysteme ausnutzen, die Gemeinschaft überfordern und mit Straftaten unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gefährden. Mit Verlaub: die sind es (eher) nicht.

Ein Beispiel: Geflüchtete sind nach der Planung für das Haushaltsjahr 2025 nicht der Grund dafür, dass das Gesamtdefizit des Haushaltes steigt. Rund 25,00 €/Einwohner geben wir für die Betreuung der in unserem Landkreis ankommenden Menschen aus. Zum Vergleich: der Aufwand pro Einwohner für 2025 beträgt beim Defizit alleine aus dem Sozialhaushalt 610 € /Einwohner.

Wir wissen, die Aufgaben im Sozialbereich sind immens. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Bereich, angeführt von Frau Dezernentin Freund, im Integrationsbereich von Frau Haas, kann für ihren Einsatz nicht ausreichend gedankt werden Das Land hat die Mittel für diese Arbeit gekürzt. Damit löst sich aber das Problem nicht. Deshalb fordern wir gegenüber Land und dem Bund, dass man in der Zukunft diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe ausreichend alimentiert und echte Lösungen gefunden werden. Die kommunale Ebene darf hier nicht alleine gelassen werden.

Die mit uns zusammenarbeitenden Träger und Einrichtungen müssen trotz wirtschaftlich schwieriger Situation im Jahre 2025 keine Einsparungen hinnehmen. WIR stehen zu unseren Zusagen. WIR erfüllen unsere Verpflichtungen. Mit den verbleibenden Freiwilligkeitsleistungen gehen wir auf die Besonderheiten unseres Landkreises ein. Wir setzen im Landkreis mit den „Frühe Hilfen“, „Stark werden“, Schulsozialarbeit und vielen anderen kleineren Bereichen an, nicht nur um den Betroffenen zu helfen, sondern auch um den Haushalt des Landkreises durch ein frühzeitiges erfolgreiches Handeln mittel- und langfristig zu entlasten.. Daher können und wollen wir dieses Jahr hierzu keine Einsparvorschläge machen.

---

5. Freiwilligkeitsleistungen: Nur 1,2 % des Haushalts – Prävention als Schlüssel

Damit sind wir bei den Freiwilligkeitsleistungen. Hier stehen wir immer wieder vor der Diskussion, ob hier nicht noch gekürzt werden könne, um vermeintlich dringlichere Aufgaben zu finanzieren. Dabei beträgt dieser Posten im Haushalt etwa **10,5 Millionen Euro**, was lediglich **1,2 %** des Gesamtvolumens ausmacht.
Man könnte also versucht sein zu sagen: „Kürzen wir doch diese freiwilligen Ausgaben, dann haben wir Luft im Haushalt.“ Es geht hier aber nicht um Luxus, sondern oft um sinnvolle Angebote, die das Leben im Landkreis bereichern und gleichzeitig langfristig Sozial- und Gesundheitskosten reduzieren können.

Auch hier stehen wir zu der jährlichen Dynamisierung von 3%. MEHR ist aber unter den gegebenen Rahmenbedingungen, die uns von Bund und Land aufgezwungen werden, nicht möglich. Daher tragen wir die Ablehnungen der HH-Anträge der sozialen Träger, die darüber hinaus gehen, auch mit.

---

6. ÖPNV: Mobilitätsgarantie? Die Realität sieht anders aus

Ein Dauerbrenner-Thema ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Die laufenden Betriebskosten liegen bereits bei 60 Millionen Euro – Tendenz steigend. Wir alle kennen die politischen Ambitionen auf Bundes- und Landesebene, eine „Mobilitätsgarantie“ zu etablieren. Doch in Wahrheit fehlen Fahrerinnen und Fahrer, Fahrzeuge und Gelder. Strecken werden abbestellt, Busse fallen aus oder sind unpünktlich. Wir gefährden dadurch den Erfolg des ÖPNV - denn, wenn man zum Umsteigen auf den ÖPNV motiviert wird, dieser aber nicht zuverlässig ist, dann klappt auch keine Mobilitätswende. Wenn man mit dem ÖPNV schon nicht von dort, wo man will, zu der Zeit, zu der man will, dorthin fahren kann, wo man hin will - sondern bei Abfahrtsstelle, Ziel und Uhrzeit immer Kompromisse machen muss - dann muss wenigstens dieses Angebot funktionieren.

Hinzu kommt das Deutschlandticket, für das bundesweit 4,1 Milliarden Euro fehlen. So gut es auch ist, dadurch den ÖPNV attraktiveren zu wollen, es ist nicht durchfinanziert und hat zu viele Streueffekte. Auf dem Land mit wenig Angebot ist es nicht attraktiv, in anderen Bereichen entlastet es v.a. Wenigfahrer. So ist der Verdacht, dass urbane Regionen, in denen das Angebot dichter ist, durch den ländlichen Raum mit weniger Angebot subventioniert werden, nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wir Freien Wähler setzen uns daher für ein ehrliches ÖPNV-Angebot ein. Wir fragen uns, ab wann der Punkt gekommen ist, wo wir zu Gunsten der besseren Zuverlässigkeit das Angebot in der Dichte hinterfragen müssen, um es überhaupt weiter finanzieren und gewährleisten

zu können. Denn die Zuverlässigkeit des Angebotes ist zuerst zu sichern bevor neue Verbesserungen in Takt, Preis und Infrastruktur geschaffen werden. Oder, erst wenn wir einen zuverlässigen Nahverkehr haben, bei welchem die Sanierungsstaus beseitigt sind, machen vergünstigte Tickets überhaupt Sinn.

---

7. Krankenhäuser

Nach Jahren der roten oder schwarzen Null werden wir dieses Jahr im Bereich unserer Kliniken wieder ein knallrotes Defizit erleben. 10 Millionen € für den laufenden Betrieb aus kommunalem Geld drafzupacken ist dauerhaft nicht möglich. Der Witz dabei ist, dass das im Vergleich zu anderen Häusern noch vergleichsweise sehr wenig ist. Die systematische Unterfinanzierung unseres Krankenhauswesen und damit unseres Gesundheitssystems schreit zum Himmel. Und wenn dann noch Reformen in Berlin beschlossen werden, die gut funktionierende Strukturen gefährden, dann ist das einfach auch für niemanden mehr erklärbar.

Das Ganze führt dann im Ergebnis dazu, dass in Aufsichtsräten nicht mehr die Gesundheit der Bevölkerung im Vordergrund steht, sondern Marktanteile.

Bei allem betriebswirtschaftlichen Verständnis, aber hier zeigt sich ein bundespolitisches Armutszeugnis. Um kurzfristige Verbesserungen zu erzielen, fordern wir die bessere Bezahlung der Eingriffe in Abteilungen mit der von der Deutschen Krebsgesellschaft (DKG) zertifizierten Organzentren wie in der Fürst-Stirum-Klinik Bruchsal mit dem Brustzentrum der Frauenklinik und dem Darmzentrum der Chirurgischen und medizinischen Klinik. Das wäre zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

---

8. Investitionen: Neubau des Landratsamts läuft, aber Vorsicht bei weiteren Projekten

Was die **Investitionen** des Landkreises betrifft, so verläuft der **Neubau des Landratsamts** immerhin nach Plan. Das ist eine gute Nachricht in einer Zeit, in der wir uns oft mit Verzögerungen und Kostensteigerungen herumschlagen. Allerdings ist dies kein Freibrief, um jetzt sorglos in weitere große Bauprojekte zu gehen.

Wir müssen uns bewusst machen, dass Baukosten und Zinsen steigen und dass jede Investition, ob in Gebäude, Straßen oder digitale Infrastruktur, langfristig zu Folgekosten führt. Es bedarf also einer umfassenden Priorisierung: Welche Projekte sind zwingend nötig, um den Landkreis zukunftsfest aufzustellen? Und bei welchen Vorhaben kann man – trotz aller Wünschbarkeit – guten Gewissens sagen: „Wir müssen warten oder neue Finanzierungswege finden“?

Genau deshalb legen wir in unseren Anträgen zu diesem Haushalt auch keine Hand an die Sondermaßnahmen zu unseren Schulen im Amt für Gebäudemanagement an. Diese sind uns unglaublich wichtig.

Alleine diese kleineren Sanierungsmaßnahmen zu streichen wären insg. 2,01 Mio.€. Aber es wären 2 Mio. € an der völlig falschen Stelle gespart. Wir stehen also auch weiterhin zum 2. Bauabschnitt am BBZ Ettlingen, wie auch zur Sanierung und Erweiterung der Gartenschule, die 2025 in Angriff genommen wird.

---

9. Abfallwirtschaftsbetrieb: Gebührenstabilität und Blick in die Zukunft

Einen relativ stabilen Bereich stellt derzeit der **Abfallwirtschaftsbetrieb** dar. Es gelingt uns, die Abfallgebühren für 2025 **stabil** zu halten, was sicherlich eine positive Botschaft für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises ist. Allerdings genügt es nicht, uns mit dieser Stabilität zufrieden zu geben.

Wir stehen vor der Frage, wie das **Abfallsystem der Zukunft** aussehen soll. Stichworte sind hier „Kreislaufwirtschaft“ und „Ressourcenschonung“. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir Wiederverwertung verbessern und Abfälle reduzieren können. Die Klimaschutzziele und steigende Rohstoffpreise verlangen ein Umdenken.
Als Landkreis sollten wir den Weg von Pilotprojekten und Kooperationen mit den Gemeinden konsequent weitergehen. Wenn wir jetzt zukunftsorientierte Strukturen schaffen, können wir sowohl dem Umweltschutz gerecht werden als auch auf mittlere Sicht Kosten sparen.

---

10. Schlusswort und Ausblick
Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute Schwerpunktthemen benannt, die uns beim Haushalt 2025 des Landkreises Karlsruhe bewegen: von drängenden Finanzfragen über Personalengpässe und Sozialkosten bis hin zu Infrastruktur, Abfallwirtschaft, etc.
Was diese unterschiedlichen Bereiche gemeinsam haben, ist der enge finanzielle Rahmen, in dem wir uns bewegen – und dieser Rahmen wird nur minimalst von uns selbst definiert, sondern maßgeblich von Bund und Land. Die Versprechungen, die dort gemacht werden, lassen sich oft nicht mit den tatsächlichen Finanzströmen in Einklang bringen. Das Prinzip „Wer bestellt, der zahlt“ wird nicht nur häufig, sondern eigentlich fast immer ignoriert, und wir als Kreistag stehen zusammen mit unseren Kommunen in der Pflicht, entstandene Lücken zu stopfen.
Wir erkennen in diesem Haushalt nicht mehr und nicht weniger, dass die kommunale Selbstverwaltungsgarantie zu Grabe getragen wird.
Deshalb ist es wichtig, dass wir uns mit klaren Worten an die höheren Ebenen wenden und einfordern, was uns zusteht: eine verlässliche Finanzausstattung, die es ermöglicht, notwendige Aufgaben ohne ständige Haushaltsnotlagen zu erfüllen.
Eine echte „Veranlasser-Konnexität“.

Natürlich müssen wir weiterhin auf Kreisebene verantwortungsvoll wirtschaften.
Dazu gehört aber auch, dass wir nicht nur diese Themen klar benennen und unseren Unmut artikulieren, sondern auch selbst Vorschläge zu Einsparungen machen. Und wenn diese noch so minimalst sind – egal. Niemand darf uns den Vorwurf machen, wir hätten nicht alles uns Mögliche getan.

Deshalb stellen wir die Ihnen vorgelegten Anträge zum Haushalt. Es ist uns bewusst, dass auch der eine geforderte Punkt uns nicht retten wird. Wir sind aber schlicht nicht bereit uns einfach den vorgelegten Zahlen zu ergeben. Und wenn wir so ein Zeichen setzten können, und mag es noch so klitzeklein sein, dann ist der Zeitpunkt vor einer bevorstehen Bundestagswahl definitiv der richtige. Wir bitten Sie deshalb um Unterstützung.

Vielen Dank.